

Sindelfingen, den 02.01.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kleemann,  
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Gangl,  
sehr geehrter Herr Plankenhorn,  
sehr geehrte Frau Röhm,  
sehr geehrte Frau Ragnit,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen,  
sehr geehrte Familien der Sindelfinger KiTa-Kinder,

mit großer Besorgnis verfolgen wir die aktuellen Überlegungen der Stadt Sindelfingen, die KiTa-Gebühren möglicherweise deutlich zu erhöhen. Dazu erreichen uns zahlreiche Rückmeldungen durch Familien, die sorgenvoll auf die Umstellung der Betreuungszeiten sowie auf die noch nicht vorliegende neue Gebührenordnung schauen. Die Familien befinden sich aktuell in einer Phase großer Unsicherheit, da sie weder den zukünftigen Betreuungsumfang noch die damit verbundenen finanziellen Belastungen abschätzen können. Uns ist bewusst, dass sich die Stadt Sindelfingen in einer angespannten Haushaltslage befindet und seit dem Jahr 2022 keine Anpassung der Elternbeiträge erfolgt ist. Dennoch appellieren wir eindringlich an Stadt, Träger und Gemeinderat, mögliche Gebührenerhöhungen maßvoll, sozial ausgewogen und familienverträglich zu gestalten.

Kindertageseinrichtungen sind längst keine reine Betreuungsleistung mehr, sondern zentrale Bildungseinrichtungen. Frühkindliche Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil von Chancengleichheit, Integration und gesellschaftlicher Teilhabe und steht damit in engem Zusammenhang mit dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Bildung. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung darf nicht davon abhängen, ob Familien steigende Gebühren noch tragen können. Übermäßige Beitragserhöhungen gefährden mittelbar den Rechtsanspruch der Kinder auf Förderung und Teilhabe.

Diese Einschätzung wird durch die aktuelle Stellungnahme des Landeselternbeirats Kindertagesbetreuung Baden-Württemberg (LEBK BW) ausdrücklich bestätigt. Der LEBK BW weist darauf hin, dass Beitragserhöhungen systembedingt nur geringe Mehreinnahmen für Kommunen bringen, während die finanzielle Belastung einzelner Familien überproportional steigt. Das System nähert sich einem Punkt, an dem Eltern real abwägen müssen, ob sich Betreuung und Erwerbsarbeit überhaupt noch lohnen. Dies widerspricht dem Bildungsauftrag der KiTas und verschärft zugleich den Fachkräftemangel. Darüber hinaus setzt sich der LEBK BW mit einer Petition dafür ein, dass die Finanzierung der KiTa-Gebühren perspektivisch zur Landesaufgabe wird und Eltern spätestens bis 2031 vollständig entlastet werden.

Besonders kritisch sehen wir die aktuelle politische Gesamtlage: im Hinblick auf die Landtagswahl 2026 sprechen sich nahezu alle Parteien in Baden-Württemberg für beitragsfreie oder zumindest beitragsentlastende KiTa-Modelle aus:

- Bündnis 90/Die Grünen: Ankündigung eines beitragsfreien letzten KiTa-Jahres
- CDU: bezahlbares Angebot in KiTas sowie kostenfreies letztes KiTa-Jahr
- Die Linke: Klare Forderung nach gebührenfreien KiTas

- FDP: Betonung einer altersübergreifenden, tragfähigen Finanzierungsstruktur unter Wahrung der Wahlfreiheit
- Freie Wähler: Klare Forderung nach kostenlosen KiTa-Plätzen
- SPD: Klare Forderung nach gebührenfreien KiTas von Anfang an

Vor diesem Hintergrund erscheint es aus Sicht der Eltern schwer vermittelbar, wenn ausgerechnet jetzt auf kommunaler Ebene eine deutliche Gebührenerhöhung erfolgt, während landespolitisch der gegenteilige Weg eingeschlagen werden soll.

Wir möchten daher anregen:

- Gebührenerhöhungen – sofern sie unumgänglich sind – schrittweise und moderat umzusetzen,
- soziale Staffelungen besonders zu berücksichtigen und weiterzuentwickeln,
- Familien nicht überproportional zur Haushaltskonsolidierung heranzuziehen,
- gemeinsam nach alternativen Finanzierungs- und Entlastungsmodellen zu suchen.

Die Stadt Sindelfingen war bislang mit ihren KiTa-Gebühren ein familienfreundlicher Leuchtturm – diese Ausrichtung darf nicht leichtfertig aufgegeben werden. Investitionen in frühkindliche Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Eine bezahlbare und verlässliche Kindertagesbetreuung ist ein wichtiger Standortfaktor für Sindelfingen. Sie trägt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, stärkt die lokale Wirtschaft und unterstützt die langfristige Bindung von Fachkräften.

Eine übermäßige finanzielle Belastung der Familien birgt hingegen das Risiko, dass Kinder von Bildungsangeboten ausgeschlossen werden oder Eltern – insbesondere Frauen – ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen. Dies hätte langfristige soziale und wirtschaftliche Folgen: sinkende Steuereinnahmen, geringere Kaufkraft sowie steigende Sozialausgaben.

Es darf nicht hingenommen werden, dass

- Frühkindliche Bildung und Teilhabe vom Einkommen der Eltern abhängig werden,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch stärker eingeschränkt wird und insbesondere Frauen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden,
- sich Arbeiten zu gehen, nicht mehr lohnt, da das Einkommen in KiTa-Gebühren investiert werden muss,
- Sindelfingen zu einer kinder- und familienunfreundlichen Stadt wird.

Gerne stehen wir als Vorstand des Gesamtelternbeirats für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung und hoffen, dass die Belange der Familien bei den weiteren Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr GEB KiTas Vorstand Sindelfingen